



---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

66. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Aktuelle Viertelstunde**

2

Hier: Gebühren für die neuen Reisepässe

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch eine Vertreterin des Innenministeriums entgegen.

#### **2 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)**

3

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 13/5987 und 13/6216 - Neudruck  
Vorlagen 13/3054, 13/3096

Zuschriften 13/4349, 13/4352, 13/4359, 13/4365, 13/4368, 13/4428,  
13/4440, 13/4447, 13/4453, 13/4458, 13/4459, 13/4479, 13/4496

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung anzunehmen.

Berichterstatter: Karl Peter Brendel (FDP)

**3 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG 4**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6224

Zuschriften 13/4520, 13/4524, 13/4566

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung anzunehmen.

Berichterstatterin: Monika Düker (GRÜNE)

**4 Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (MG NRW) 6**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6300

Zuschrift 13/4601

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung über den Gesetzentwurf.

**5 Gesetz über die Stiftung eines Gefahrenabwehr-Ehrenzeichens 9**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6259

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung anzunehmen.

Berichterstattung: Klaus Stallmann (CDU)

**6 Gesetz über die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPolG) 10**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6258

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Berichtersteller: Dr. Wilhelm Droste (CDU)

**7 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen 10**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/6311 - Neudruck

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

**8 Mit unseren polizeilichen Profis mehr Straftaten bekämpfen und aufklären**

13

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4317 - Neudruck

Vorlage 13/2822

In Verbindung damit:

**Mut zu Reformen - Aufgabenorientierte, leistungsfähige Organisation der Polizei in Nordrhein-Westfalen**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/5238

Und:

**Die Polizei könnte besser sein als es die rot-grüne Landesregierung zulässt**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5245

Ausschussprotokoll 13/1185

Vorlagen 13/2822, 13/2969, 13/3108

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion ab.

**9 Risiko Müdigkeit am Steuer ernst nehmen - Initiative für mehr Verkehrssicherheit ergreifen** 15

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/6308

- Abschließende Beratung und Entscheidung über ein Votum

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**10 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen (ZustAVO)** 15

Vorlage 13/3169

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem vorliegenden Entwurf der Forderung über Zuständigkeit im Ausländerwesen (ZustAVO) befasst. Einwände gegen den Entwurf und die Veröffentlichung der wurden nicht erhoben.

**11 Gewalt gegen Frauen und sexueller Missbrauch von Kindern  
3. Bericht zum Handlungskonzept der Landesregierung** 16

Vorlage 13/3046

Der Ausschuss führt eine Aussprache über den 3. Bericht zum Handlungskonzept der Landesregierung.

**12 Korruptions-Hotline beim Landeskriminalamt NRW** 16

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.



"Im Bundesministerium des Innern wird derzeit ein Konzept zur Einführung der EU-Pässe mit Biometrie in Deutschland erarbeitet. Geplant ist eine Lösung, die für die Gemeinden kostenneutral ist, sowie die Einführung der Pässe bereits im Herbst 2005 ermöglicht. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass die derzeit von den Medien verbreitete Gebührenhöhe von 130 € für die neuen Pässe völlig aus der Luft gegriffen ist. Die Gebühr wird deutlich unter dem genannten Betrag von 130 € liegen."

Des Weiteren wird der genannte Adressatenkreis mit diesem Schreiben zu einer für den 26. Januar vorgesehenen Informationsveranstaltung eingeladen, an der vermutlich auch Vertreter unseres Hauses teilnehmen werden. Diese Veranstaltung soll über das Thema im Einzelnen und über das Konzept zur Einführung der neuen Pässe sowie die Umsetzung der Vorgaben informieren.

Das heißt unterm Strich: Das BMI ist dafür zuständig und hat mehrfach dazu Stellung genommen. Es wird sicher teurer werden - davon muss man ausgehen -, aber wie viel die Bürger letztendlich für dieses Mehr an Sicherheit bezahlen müssen, steht offensichtlich zurzeit noch nicht fest. Wir als nordrhein-westfälisches Innenministerium können dazu keine näheren Angaben machen, als es das BMI mit diesen Schreiben getan hat.

## **2 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 13/5987 und 13/6216 - Neudruck

Vorlagen 13/3054, 13/3096

Zuschriften 13/4349, 13/4352, 13/4359, 13/4365, 13/4368, 13/4428, 13/4440,  
13/4447, 13/4453, 13/4458, 13/4459, 13/4479, 13/4496

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Klaus Stallmann** teilt mit, die Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen seien den Abgeordneten in synoptischer Form am Dienstag zugeleitet worden. Die Mitberatung anderer Fachausschüsse habe folgendes Ergebnis gehabt: Alle Ausschüsse hätten auf die Abgabe eines Votums verzichtet, und zwar der Medienausschuss am 12. November 2004, der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 17. November 2004, der Haushalts- und Finanzausschuss am 19. November 2004, der Ausschuss für Kommunalpolitik sowie der Kulturausschuss am 1. Dezember 2004 und der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 19. Januar 2005.

**Jürgen Jentsch (SPD)** lässt wissen, Inhalt des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen seien einige redaktionelle Änderungen sowie Klarstellungen, die jedoch nicht ins Gewicht fielen. Darüber hinaus seien Vorschläge der evangelischen und katholischen

Kirche sowie von Herrn Dr. Linssen, die gemeinsam mit Minister Dr. Behrens erarbeitet worden seien, aufgegriffen worden. Der Abgeordnete bittet um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung.

**Horst Engel (FDP)** teilt mit, dass seine Fraktion dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen werde. - **Theo Kruse (CDU)** äußert sich im gleichen Sinne.

Einstimmig empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

Einstimmig empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, dem Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung zuzustimmen.

Berichterstatter: Karl Peter Brendel (FDP)

### **3 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6224

Zuschriften 13/4520, 13/4524, 13/4566

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Klaus Stallmann** teilt mit, die mitberatenden Ausschüsse hätten wie folgt votiert: Der Ausschuss für Kommunalpolitik habe am 13. Januar den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen; er verweise auf die Vorlage 13/3170. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe in der Sitzung am 14. Dezember 2004 einvernehmlich beschlossen, auf ein Votum zu verzichten. Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten habe in der Sitzung am 2. Dezember 2004 den Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Die Abgeordneten hätten den Änderungsantrag mit zusätzlichen Erläuterungen der Koalitionsfraktionen am 18. Januar erhalten.

**Jürgen Jentsch (SPD)** sagt, Inhalt des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen sei eine Umstellung auf eine pauschale Finanzausstattung, was bereits in vielen Bereichen gang und gäbe sei. Hierbei habe ein OVG-Urteil berücksichtigt werden müssen, nach dem dies nicht auf Altfälle angewendet werden dürfe.

**Monika Düker (GRÜNE)** lässt verlauten, die mit dem Gesetzentwurf verbundenen Verwaltungsvereinfachungen seien von den kommunalen Spitzenverbänden ausdrücklich begrüßt worden. Das Flüchtlingsaufnahmegesetz sei in den vergangenen Jahren eines